



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Mehr Sicherheit an Bayerns Schulen – Anstieg der Gewalt konsequent stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Laut aktueller polizeilicher Kriminalstatistik hat die Zahl der Übergriffe gegen Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte an bayerischen Schulen stark zugenommen. Damit Bildung erfolgreich sein kann, müssen Schulen sichere Orte bleiben.

Deshalb wird die Staatsregierung aufgefordert, umgehend Maßnahmen zur Eindämmung von Gewalt und Mobbing zu ergreifen. Dazu gehören:

- Ein landesweites Konzept zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt an Schulen, inklusive der Schaffung einer Landespräventionsstelle gegen Gewalt und Cybergewalt an Schulen, in der sämtliche Maßnahmen koordiniert werden. Darunter fallen auch die Etablierung einer 24/7-Telefonhotline für Lehrkräfte bei akuten Problemen, die Erarbeitung und Pflege eines Notfallordners mit Materialpaketen für die Schulen sowie eine systematische Koordination und Kooperation zwischen Schulen, Jugendämtern und Polizei
- Mehr Fortbildungen für Schulleitungen und Lehrkräfte zum Thema Prävention und Umgang mit Gewalt, die es ermöglichen, das Thema im Schulalltag wirksam zu adressieren
- Ausbau der Mobbing-Beratungsstellen, um Schülerinnen und Schüler zu unterstützen, die von Gewalt betroffen sind
- Aussetzung des Stellenmoratoriums für die Schulen und verstärkte Einstellung von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Erzieherinnen und Erziehern sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen (multiprofessionelle Teams)
- Optimierung der Schulumgebung durch kleinere Klassen, Rückzugsorte für Schülerinnen und Schüler sowie Identifizieren von Gewalt-Hotspots
- Stärkung der Erziehungspartnerschaft mit den Eltern bereits ab der Grundschule
- Einrichtung einer wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation

Begründung:

Nicht nur die Polizeiliche Kriminalstatistik weist einen Anstieg der Gewalt an Schulen nach, auch eine Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 19/6143), die den Zeitraum zwischen 2013 und 2024 umfasst, hat eine dramatische Zunahme von Delikten ergeben: Demnach haben sich die Fälle einfacher Körperverletzung zwischen Schülerinnen und

Schülern an bayerischen Schulen von 423 Fällen im Jahr 2013 auf 1 193 Fälle im Jahr 2024 fast verdreifacht. Die Gewaltkriminalität (z. B. Vergewaltigung und sexuelle Nötigung in besonders schwerem Fall, Raub, gefährliche und schwere Körperverletzung u. v. m.) ist ebenfalls angewachsen und zwar von 124 Fällen im Jahr 2013 auf 431 Fälle im Jahr 2024. Dieser langfristige Anstieg der Gewalt an Schulen braucht schnelle, konsequente und wirksame Maßnahmen.

Die Schulen im Freistaat müssen sichere Orte bleiben und ein gutes Umfeld für das Lernen und den sozialen Austausch sein. Die bereits vorhandenen und zum Teil erfolgreichen Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt greifen jedoch zu kurz und sollten angesichts der sich langfristig verschärfenden Situation umfassend ausgebaut werden. Ein Landespräventionskonzept, an dem nicht nur das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, sondern auch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration beteiligt sind, kann einen systematischen und koordinierten Einsatz ermöglichen sowie einheitliche Standards und Verfahren etablieren.

Gewalt muss in den Schulen in einem Klima des Vertrauens und der klaren Regeln adressiert werden. Dies ist einmal mehr auch eine Aufgabe der Lehrkräfte, die dafür regelmäßig fortgebildet werden müssen, um sowohl präventiv arbeiten als auch im Ernstfall intervenieren zu können. Eine Schule, die sich aktiv gegen Gewalt und Mobbing stellt, schafft ein besseres Lernumfeld. Doch Lehrerinnen und Lehrer brauchen dringend Unterstützung durch weitere Berufsgruppen (Sozialarbeitende, Erziehende sowie Psychologinnen und Psychologen). Dies ist vor allem vor dem Hintergrund des gravierenden Lehrermangels unerlässlich. Deshalb muss das Stellenmoratorium der Staatsregierung für die Schulen aufgehoben und neue Stellen geschaffen werden.

Auch die Schulumgebung spielt eine wichtige Rolle, denn eine positive Umgebung wirkt präventiv wirksam. Dazu gehören kleinere Klassen, aber auch kleinere Pausenhöfe sowie Rückzugsräume. Und schließlich ist die Erziehungspartnerschaft mit den Eltern von großer Bedeutung, weil gemeinsam viele Probleme leichter erkannt und behoben werden können.